

13. September 2015

CHF 4.40 | EUR 4.20
www.sonntagszeitung.ch

Nr. 37 | 27. Jahrgang | AZA 8021 Zürich
Redaktion: 044 248 40 40 Aboservice: 044 404 64 40
Gratisnummer Wochenende von 8 Uhr bis 11 Uhr: 0800 808 014

Roger Federer

Gereizte Stimmung
vor dem Final

Sport — 27



ABB-Präsident

Peter Voser über
den Konzernumbau

Fokus — 15

Starköche

Wo sie am liebsten
essen – die Liste

Gesellschaft — 56/57

23° Mittelland Am Vormittag ausgedehnte Wolken, Regen möglich. Am Nachmittag freundlicher.

16° Berge Am Vormittag oft bewölkt, aus Süden Regen möglich, Föhn.

17° Tessin Stark bewölkt, entlang der Alpen gegen Mittag Regen, am Nachmittag in allen Teilen.



IKRK-Chef Peter Maurer: «Schweiz muss mehr Flüchtlinge aufnehmen»

Der Präsident des Roten Kreuzes rügt die Asylpolitik scharf. Der Flüchtlingsbegriff müsse grosszügiger interpretiert werden

Fabian Eberhard, Simon Widmer

Bern IKRK-Chef Peter Maurer schaltet sich in die Debatte um die europäische Flüchtlingspolitik ein und kritisiert dabei auch seine Heimat: «Wir müssen mehr Flüchtlinge aufnehmen, es gibt keine Alternative.» Er fordert eine globale

Koalition, die das Leid der Menschen und nicht das politische Geplänkel ins Zentrum stellt. Der Flüchtlingsbegriff müsse in Zukunft grosszügiger interpretiert werden, sagt Maurer im Interview.

Der Chef des Roten Kreuzes rügt vor allem die miserablen humanitären Bedingungen in Ungarn. «Was

wir rund um den Bahnhof in Budapest gesehen haben, dürfte nicht passieren», sagt Maurer. Ungarn sei nicht Libyen, die Kapazitäten für eine angemessene Betreuung der Flüchtlinge wären vorhanden. «Wenn der politische Wille für elementare humanitäre Hilfe fehlt, ist das nicht akzeptabel.» Im Hinblick

auf eine ungarische Asylgesetzverschärfung in der nächsten Woche sagt Maurer: «Das Land driftet in eine gefährliche Richtung.» Gestern noch hatte Ministerpräsident Orbán seine repressive Haltung in der deutschen «Bild»-Zeitung verteidigt.

Die Schweiz sieht trotz der prekären Lage der Flüchtlinge in

Ungarn keinen Handlungsbedarf. Der Bund schiebt weiterhin Asylbewerber dorthin ab, die letzten im August, als das Flüchtlingsdrama bereits akut war. Er beruft sich auf die Dublin-Vereinbarung, wonach Flüchtlinge in dem EU-Staat Asyl beantragen müssen, den sie als ersten betreten haben.

Seit Anfang Jahr hat das Staatssekretariat für Migration 65 Migranten nach Ungarn zurückgeschafft, darunter auch Menschen aus Syrien. «Dublin ist geltendes Recht. Wir wenden das wie bisher an», sagt Sprecher Martin Reichlin.

Schweiz — 2 bis 5

FDP-Chef Müller stoppt Wahlkampf wegen Unfall

Bern Philipp Müller zieht Konsequenzen aus seinem Autounfall vom Donnerstag: Der FDP-Präsident sisiert bis auf weiteres seinen Wahlkampf für den Aargauer Ständerat. Der Politiker will die Untersuchung zum Autounfall abwarten, wie er gestern Abend mitteilte. Müller hat am Donnerstag eine 17-jährige Rollerfahrerin schwer verletzt. Der Politiker war mit seinem Mercedes aus noch ungeklärten Gründen auf die Gegenfahrbahn geraten. Bei den zuständigen Behörden heisst es, die Untersuchung zum Unfall werde nicht vor Ende Oktober abgeschlossen sein – Müller wird also nicht mehr in den Wahlkampf eingreifen können. Die FDP-Parteispitze steht nach wie vor hinter ihrem Präsidenten. Schweiz — 12

Glosse

P.S. Ich will ja nichts sagen, aber

In der heutigen Zeit mit diesem Terror der politischen Korrektheit traut man sich nicht mehr, die Dinge so zu nennen, wie sie wirklich sind. Wer zum Beispiel früher in der Schule gestört hat, war halt verhaltensgestört und bekam eins hinter die Ohren. Heute heisst das «verhaltensoriginell», und jeder bekommt seinen eigenen Schulpsychologen. Oder nehmen wir Peter Föhn, und nennen wir seine Ansichten vorsichtshalber meinungsoriginell: «Es kommen die falschen Leute zu uns. Sogar aus Syrien kommen nicht die Ärmsten, sondern jene, die sich Schlepper leisten können.» Und Handys. Woher haben diese Leute die Handys?

Wir sind früher sogar im Winter barfuss zur Schule gelaufen. Zehn Kilometer hin und elf Kilometer zurück, und anschliessend mussten wir beim Heuen helfen. Obwohl wir damals sicher schon auch lieber mit dem Schiff, dem Zug oder der Eisenbahn gefahren worden wären. Aber dafür hat das Geld nicht gelangt. Bei elf Kindern. Und davon haben auch nicht alle überlebt. Deshalb nach Syrien zu schwimmen, wäre uns trotzdem im Traum nicht eingefallen. Wie auch – ohne Geld? Und als Ulrich Giezendanner sich seinen ersten Schlepper leisten konnte, war er schon weit über dreissig. Das darf man heute allerdings auch nicht mehr sagen. Weil es dann bloss wieder heisst, was hat das denn mit Syrien zu tun? Peter Schneider



Die längsten 7 Minuten ihres Lebens

Warum die Männersuche beim
Speed-Dating zum Verzweifeln ist

Gesellschaft — 53

Auf der Suche nach dem Richtigen: Autorin Esther Meyer in der Speed-Dating-Bar

Foto: Andrea Monica Hug

Einwanderung: Rasa-Initiative hat beim Volk keine Chance

Bern/Turgi Gemäss einer aktuellen Umfrage würden nur 29 Prozent dafür stimmen, die Bestimmungen der Masseneinwanderungsinitiative wieder aus der Verfassung zu streichen. 44 Prozent würden die Rasa-Initiative («Raus aus der Sackgasse») ablehnen. Ebenfalls findet eine Mehrheit die Idee einer Gegeninitiative grundsätzlich «eher schlecht» oder «sehr schlecht». Damit fällt für die Schweiz eine wei-

tere Möglichkeit weg, eine Lösung für das angespannte Verhältnis mit der EU zu finden. Der von der BDP initiierte Versuch eines runden Tisches der Parteipräsidenten scheiterte an der Absage der FDP. Und auch die Verhandlungen mit Brüssel zeigen noch keine Erfolge. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz nennt die Lösungsfindung mit der Schweiz eine «Quadratur des Kreises». Schweiz — 6

Roger Köppel zieht Roger Schawinski vor Gericht

Zürich Das überraschende Aus der Politradiosendung «Roger gegen Roger» sorgte für Schlagzeilen. Grund für die Eskalation war offenbar eine von Roger Köppel veranlasste Vorladung für Roger Schawinski als Zeuge im Fall Sarasin. Der Zürcher Geschichtswissenschaftler hatte Köppels «Weltwoche» verklagt, weil ihm das Blatt vorgeworfen hatte, dass er als Mitglied der Berufungskommission

eine Liebesbeziehung mit einer Kandidatin verschwiegen und dieser den ersten Listenplatz verschafft hatte. Für den anstehenden Gerichtsprozess hat Köppel nun Sarasins Freund Schawinski aufgeboten, weil dieser ihm am Rande einer Radiosendung die Affäre bestätigt habe. Schawinski soll nun mit seiner Aussage die «Weltwoche» entlasten und seinen Freund Sarasin belasten. Schweiz — 11

Rating: Welche Politiker sich für Behinderte einsetzen

CVP und SP engagieren sich am meisten für ihre Anliegen

Bern Wer vertritt im Schweizer Parlament die Interessen von Menschen mit einer Behinderung? Frauen setzen sich stärker für Behindertenanliegen ein als Männer. Linke, CVP- und EVP-Politiker stärker als solche von FDP und SVP. Der entscheidende Faktor ist die direkte Betroffenheit. Entweder durch ein Handicap der Politiker selber oder durch Verwandte mit einer Behinderung. Das zeigt eine noch unveröffentlichte Studie des Forschungsinstitutes GFS Bern von Claude Longchamp.

Die Berner Politforscher haben auch ein Ranking erstellt. Berücksichtigt wurden die Politiker, die in der letzten Legislatur im Parlament waren und zur Wiederwahl antreten werden. Der Nationalrat, der sich am stärksten für Menschen mit einem Handicap einsetzt, ist der Thurgauer Christian Lohr (CVP). Der 53-Jährige kam selber ohne Arme zur Welt. Die wichtigsten Unterlagen im Rat erhält er in einem Ringbuch, damit er sie mit seinen Zehen durchblättern kann. Er sagt: «Menschen mit Beeinträchtigungen müssen noch besser in den Arbeitsmarkt integriert werden beziehungsweise integriert bleiben.»

De Courten wehrt sich gegen den Vorwurf, ein «Behindertenschreck» zu sein

Am anderen Ende der Skala ist der Baslerbieter SVP-Nationalrat Thomas de Courten. Er sieht sich aber nicht als Behindertenschreck: «Hinsichtlich der parlamentarischen Vorstösse und Abstimmungen wurden vor allem Vorlagen herangezogen, die auf einen generellen Ausbau von Sozial- und Betreuungsleistungen abzielen, sowie auf die Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel.» Leider, so de Courten, könne man aber den Sorgen und Nöten von benachteiligten Menschen nicht nur mit «mehr Geld» entgegenreten.

In der kleinen Kammer setzt sich die Aargauer SP-Politikerin Pascale Bruderer am stärksten für die Anliegen behinderter Menschen ein. Ihre Onkel und Cousins mütterlicherseits sind hörbehindert. Bruderer sagt: «Die Nähe zu Menschen mit Behinderung war einer der Hauptgründe, weshalb ich in die Politik eingestiegen bin.»

Zehn Ständeräte teilen sich den letzten Platz im Rating. Darunter auch die Sozialdemokratinnen Anita Fetz und Géraldine Savary. «Das kann ich mir definitiv nicht erklären», schreibt Fetz auf Anfrage. Sie habe im Rat jeweils für Behindertenanliegen abgestimmt. Da im Ständerat das Abstimmungsverhalten einzelner Politiker nicht veröffentlicht wird, lässt sich diese Aussage nicht überprüfen. Savary liess eine Anfrage unbeantwortet.

Die Politologen vom GFS Bern um Projektleiter Urs Bieri haben die Interessenbindungen von National- und Ständeräten zu Blinden-, Sehbehinderten- und Behindertenorganisationen ausgewertet. Bei den Nationalräten haben sie zudem das Abstimmungsverhalten in Bezug auf behindertenrelevante Geschäfte analysiert. Bei den Ständeräten wurde untersucht, ob sie behindertenrelevante Vorstösse eingereicht oder unterschrieben haben.

Die Studie hat der Schweizerische Blinden- und Sehbehindertenverband (SBV) in Auftrag gegeben. Dessen Präsident Remo Kuonen kritisiert, dass Anliegen von behinderten Menschen kein zentrales Thema in der Politik seien. Er sagt: «Mit der Studie möchten wir die Parlamentarier für die Behindertenpolitik sensibilisieren.» Simon Widmer

Rating der Nationalräte

Setzen sich für Behindertenanliegen ein

1. Christian Lohr, CVP (TG)
2. Bea Heim, SP (SO)
3. Marianne Streiff-Feller, EVP (BE)
4. Maja Ingold, EVP (ZH)
5. Jean-François Steiert, SP (FR)

Wenig Engagement für Behinderte

1. Thomas de Courten, SVP (BL)
2. Roland Borer, SVP (SO)
3. Guy Parmelin, SVP (VD)
4. Sebastian Frehner, SVP (BS)
5. Bruno Pezzatti, FDP (ZG)



Der Schweizer Rapper Greis vor der Lancierung der Rasa-Initiative: Schneller Sammelerfolg, wenig Zustimmung

Foto: Keystone

Bei der Einwanderung ist keine Lösung in Sicht

Nur 29 Prozent der Schweizer würden der Rasa-Initiative zustimmen. Parteien fehlt eine klare Europastrategie – Kompromiss mit EU in weiter Ferne

Denis von Burg und Fiona Endres

Bern/Turgi AG Nur sieben Monate haben die Rasa-Initianten («Raus aus der Sackgasse») gebraucht, um die 100 000 Unterschriften für ihr Volksbegehren zu sammeln. Doch dem Sammelerfolg zum Trotz: Der Versuch, das Abstimmungsergebnis vom 9. Februar rückgängig zu machen und die Bestimmungen der Masseneinwanderungsinitiative wieder aus der Verfassung zu streichen, hat an der Abstimmungsurne kaum Aussicht auf Erfolg. Gemäss einer repräsentativen Meinungsumfrage würden heute nur 29 Prozent der Befragten der Rasa-Initiative zustimmen. 44 Prozent würden diese ablehnen.

Zusätzlich untersuchte die Umfrage die grundsätzliche Einstellung dazu, dass eine Gegeninitiative gestartet wurde. Rund 50 Prozent der Befragten finden diese Aktion «sehr schlecht» oder «eher schlecht», 36 Prozent befürworteten sie. Das Meinungsforschungsinstitut Marketagent.com Schweiz führte die Studie im Auftrag der Zürcher Kommunikationsagentur Contract Media durch. Befragt wurden knapp 900 Stimmberechtigte.

Rasa-Initiant Beat Ringger wendet ein: «Bei der Umfrage ist von einer Gegeninitiative die Rede, was die Rasa gar nicht ist». Seine Initiative stelle sicher, dass die Bevölkerung das letzte Wort habe, wenn durch die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative die Bilateralen gekündigt werden müssten: «Würde man die Frage stellen, ob

die Bevölkerung die Bilateralen behalten will, würde die Mehrheit Ja sagen.»

«Schweizer haben es schon schwer genug»

Die Umfrage thematisiert den Rückhalt der Bilateralen in der Bevölkerung tatsächlich nicht. Trotzdem macht sie deutlich, wie zerfahren die europapolitische Situation im Land ist. Es zeichnet sich weder eine aussenpolitische Verhandlungslösung mit Brüssel, noch eine innenpolitische Einigung auf

eine Alternative zu den Einwanderungskontingenten ab.

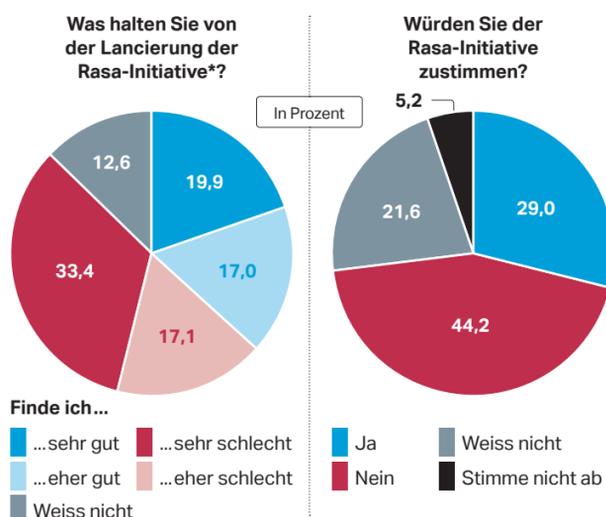
Seit Frühjahr führt Bern mit Brüssel sogenannte technische Gespräche. In dem Rahmen wurden gemäss Verhandlungsinsidern «alle möglichen Varianten von Kontingenten, Schutzklauseln und einseitigen Massnahmen erörtert.» Doch die Aussicht auf eine Lösung ist gering. Das zeigen Äusserungen von EU-Parlamentspräsident Martin Schulz vom gestrigen Samstag: «Was wir erreichen müssen, mag wie die Quadratur des Kreises klingen.»

Für eine Kompromissfindung braucht es Beweglichkeit beider Seiten. Doch Schulz lässt offen, ob es überhaupt eine Chance gibt, dass Brüssel eine Lösung mit Kontingenten mit beispielsweise einer Schutzklausel akzeptieren würde: «Ich will meinen Kollegen aus der Kommission genauso wie den Schweizern nicht die Verhandlungen erschweren. Sie haben es schwer genug.»

Strategisierung der Parteiprääsidenten gescheitert

Inzwischen sind auch alle Parteien ausser der SVP überzeugt, dass es für eine europakompatible Umsetzung der Einwanderungsinitiative Alternativen zu den von der SVP verlangten Kontingente braucht. Doch eine Einigung, wie eine Lösung aussehen könnte, scheint weit weg. Der jüngste Versuch, die Parteiprääsidenten für eine gemeinsame Europastrategie zu sammeln, ist letzte Woche gescheitert. FDP-Präsident Philipp Müller hat die Einladung zu dem von BDP-Chef Martin Landolt einberufenen Treffen ausgeschlagen. Es sei viel zu früh, über das Thema zu reden, hatte Müller mitgeteilt. Genau darüber ärgert sich SP-Präsident Christian Levrat: «Schlussendlich braucht es eine Allianz von SP und FDP, um zu einer Lösung zu kommen. Weil sich die FDP weigert, vor den Wahlen ernsthaft darüber zu sprechen, müssen wir warten.» Auch BDP-Präsident Landolt will jetzt vorwärts machen: «Die Umfrage beweist, dass wir dringenden Handlungsbedarf haben.» **Kommentar — 20**

«Raus aus der Sackgasse» ist chancenlos



Umfrage unter <http://soz.li/kvqz>

Hummler

**Nichts tun,
bitte!**

Vor Jahren wurde ich als Präsident der sankt-gallisch-appenzellischen Handelskammer von einer forschen Regierungsrätin aufgefordert, an einer Umfrage teilzunehmen, wie der Kanton St.Gallen die Wirtschaft besser fördern könnte. Ich schrieb höflich zurück, dass ich auf eine Teilnahme verzichten möchte, da mir nichts Konkretes einfallt. «Am besten lassen Sie uns einfach in Ruhe arbeiten.» Zu viel Tatkraft und Fürsorge aufseiten des Staats machen mich nervös, denn ohne Nebenabsichten, die bald auch einmal zu Hauptabsichten werden können, hat es ja selten sein Bewenden. Die St.Galler Kantonsregierung fand die von mir gezeigte Schulter etwas gar kalt, und ich musste in den folgenden Jahren die Scharte mit einigen Charmeoﬀensiven wieder auswetzen. Aber im Kern blieb ich immer dabei: Die beste Wirtschaftsförderung ist gar keine. Weshalb?

Erstens hat jede staatliche Tätigkeit ihre direkten Kosten. Kein Amt ohne Beamte, die sich zudem in der Regel im Laufe der Jahre vermehren. Kein Departement ohne viele, viele Arbeitsstellen, die irgendwie alle ein bisschen wünschbar sind, aber oft auch nicht unbedingt notwendig; das ausufernde Vorhandensein von viel nicht unbedingt notwendigem Kleinvieh macht jenen Mist, der zu hohe Steuerlast und Staatsquote heisst.

Zweitens hat jede staatliche Tätigkeit Seiteneffekte und damit verbundene, indirekte Kosten.

«Die beste Förderung besteht darin, die Wirtschaft arbeiten zu lassen»

Das beginnt bei den statistischen Erhebungen, die selbstverständlich jeder Förderung voranzugehen haben, denn der Umgang mit Steuermitteln soll ja ein sorgsamer sein. Wo sonst Angebot und Nachfrage herrschen, beginnen Formulare über Standortkosten, Anzahl Grenzgänger, Überstunden und Schichtzulagen, Herkunft

der Rohstoffe, Verrechnbarkeit von Managementgebühren und Verbuchungsansätzen für Investitionen Platz zu greifen. Transparent und nachvollziehbar soll alles sein, einwandfrei belegt. Wer könnte schon dagegen sein – das gehört doch ohnehin zu einem sauberen Management! Bald einmal mischt sich die so gut gemeinte Wirtschaftsförderung in die Frage der Rechtfertigung des Lohnniveaus ein; wer kann schon dagegen sein, dass der Staat gegen Dumping und Geschlechterbenachteiligung vorgeht, wo er fördernd unterwegs ist. Selbstverständlich soll nachhaltig gewirtschaftet werden, und das nicht nur im Kreis der geförderten Wirtschaft, sondern auch bei den Lieferanten. Und bitte schön, jemand soll das auch kontrollieren. Die Spirale ist endlos und führt zur Strangulierung dessen, was man eigentlich fördern wollte.

Aktuelles Beispiel auf Bundesebene ist gewiss die Swissness-Vorlage, mit der man – gut gemeint! – die Marke «Swiss made» schützen und fördern wollte und nun bei einem unübersehbaren Regulierungsmoloch mit unabsehbaren direkten und indirekten Kosten für die Wirtschaft angelangt ist. Das vorgesehene Regelwerk ist so kompliziert, dass viele Unternehmungen freiwillig auf das Prädikat «Swiss made» verzichten werden. Unsere derzeit noch regierende Mitte-links-Koalition wollte die Vorlage durchboxen, wohl um damit vor dem grossen Publikum ihr Bekenntnis zur Schweiz zu untermauern, derweil sie im Übrigen eine EU-Richtlinie nach der anderen zum Schweizer Standard erklärt. Ab Herbst 2015 brauchen wir eine Regierung, die versteht, dass die beste Wirtschaftsförderung darin besteht, dass man die Wirtschaft in Ruhe arbeiten lässt.

Konrad Hummler ist Verfasser der «Bergsicht» und Strategieberater mehrerer Firmen.

Die andere Sicht von Peter Schneider



«Weltwoche»-Chefredaktor und SVP-Nationalratskandidat Roger Köppel

Foto: Keystone

Die Schweiz bleibt ein Einwanderungsland, Rasa hin, SVP-Initiative her

Denis von Burg kritisiert das Volksbegehren «Raus aus der Sackgasse» als Hüftschuss und plädiert für eine glaubwürdige Alternative zu Ausländerkontingenten

Es war ein Schnellschuss. Natürlich wurde die Initiative «Raus aus der Sackgasse» (Rasa) nicht nur aus Ärger über das emotionale Ja zur Masseneinwanderungsinitiative lanciert. Die Sorge der Initianten, die Einführung von starren Einwanderungskontingenten werde die sorgfältig aufgebauten Beziehungen zur EU zerstören, ist durchaus berechtigt. Und es kann nicht von der Hand gewiesen werden, dass manch einer sich am 9. Februar 2014 der europapolitischen Konsequenzen der Initiative nicht bewusst gewesen ist.

Trotzdem bleibt Rasa ein Hüftschuss. Die der SonntagsZeitung vorliegende Meinungsumfrage

Denis von Burg,
Bundeshauschef



gibt Rasa keine Chancen und belegt vor allem eines: Einfach rückgängig machen kann man die Masseneinwanderungsinitiative nicht. Wer die privilegierten wirtschaftlichen Beziehungen zur EU langfristig retten will, muss der Bevölkerung eine glaubwürdige Alternative zu den Ausländerkontingenten vorschlagen. Es braucht ein Massnahmenpaket, das nicht nur die Einwanderung dämpft, sondern auch deren Folgen mildert: Lohndruck, Einwanderung in Sozialsysteme, Wohnungsnot.

Doch der Bundesrat spielt auf Zeit und hofft – so zumindest ist der Eindruck – auf ein Wunder von Brüssel, statt die Diskussion über

ein solches Massnahmenpaket zu eröffnen. Und die Parteien – vielleicht vom Wahlkampf gelähmt – lassen ihn gewähren, bis am Ende nur die untaugliche Rasa-Initiative bleibt.

Dabei ist eines klar: Auch wenn es dem Bundesrat gelingen sollte, der EU eine Schutzklausel abzurufen, und sogar wenn am Ende Kontingente festgelegt werden sollten, bleibt die Schweiz ein Einwanderungsland. Selbst die SVP spricht inzwischen von einer jährlich zu akzeptierenden Einwanderung von 40 000 Personen. Auch das kann nicht ohne verbesserte soziale und ökonomische Spielregeln bewältigt werden. **Schweiz — 6**

Die Show, die den Werkplatz retten sollte

Der «Pakt zur Rettung des Werkplatzes Schweiz» hat nur warme Luft produziert. Sozialpartnerschaft zeigt sich in den Taten, nicht in den Reden, findet Armin Müller

Die Gewerkschaft Unia hat am Freitag den Swatch-Chef Nick Hayek und den Bahnunternehmer Peter Spuhler zu ihrem Industrietag nach Bern eingeladen, um einen «Pakt für den Werkplatz Schweiz» zu schliessen.

In den Medien wurde der «Schulterschluss» positiv aufgenommen. Doch ausser warmer Luft ist nichts herausgekommen, was dem Werkplatz helfen könnte. Beide Seiten fordern einen schwächeren Franken. «Weniger Ideologie, vor allem aufseiten der Arbeitgeberverbände», forderte die Unia. «Versucht, die Ideologie wegzulassen», forderte Spuhler von den Gewerkschaften. Damit hat es sich

Armin Müller,
Autor und Textchef



mit den Gemeinsamkeiten. Von eigenen Ideologien abzurücken, kommt für keine Seite infrage.

Die industriepolitischen Ideen der Unia – etwa ein 30 Milliarden Franken schwerer staatlicher «Produktionsfonds für den ökologischen und digitalen Umbau» – fallen nicht nur bei den Unternehmern durch. Schliesslich sehen auch die Arbeitnehmer, was solcher Interventionismus in Frankreich angerichtet hat. Auch der Versuch, die Nationalbank an die politische Kandare zu nehmen, überzeugt nicht.

So bleibt vom «Pakt für den Werkplatz Schweiz» nichts übrig – ausser Show. Der Organisator

der Veranstaltung, Gewerkschafter und SP-Nationalrat Corrado Pardini, versuchte sich als Retter des Werkplatzes zu inszenieren.

Das hat er nötig. Denn bei den Sozialpartnern, auch bei den anderen Arbeitnehmervertretern wie Syna oder Angestellte Schweiz, ist er untendurch. Ein von der Unia finanziertes Buch über die Gesamt-arbeitsvertragsverhandlungen feiert Pardini als Helden und macht die übrigen Teilnehmer lächerlich.

«Das nennt man Sozialpartnerschaft», sagte Pardini am Freitag. Dass die eigenwillige Interpretation nicht nur ihm, sondern auch dem Werkplatz nützt, dafür muss er den Beweis noch antreten.